

RUFIS

**RUHR-FORSCHUNGSINSTITUT FÜR INNOVATIONS-
UND STRUKTURPOLITIK e.V.**

Nr. 4 / 94

**"Regelungsdickicht"¹
als Investitionshemmnis.**

Eine kritische Bestandsaufnahme

**von
Thomas Mick**

**Universitätsverlag Dr. N. Brockmeyer
Bochum 1994**

Inhaltsübersicht

Seite

Abkürzungsverzeichnis	5
Abbildungsverzeichnis	7
I. Einleitung	9
A. Problemstellung	9
B. Der Begriff der Verrechtlichung	10
1. Die Vergesetzlichung	10
2. Die Bürokratisierung	11
3. Die Justitialisierung	11
C. Die Ursachen der Verrechtlichung	12
D. Analyse des Begriffs "Investitionshemmnis"	13
E. Der wirtschaftliche Handlungsbedarf der Unternehmen	15
II. Die Auswirkungen der Arbeitsmarktregulierungen auf die Investitionstätigkeit der Unternehmen	17
A. Die Regulierungsbereiche des Arbeitsmarktes	17
1. Das Kündigungsschutzgesetz	17
2. Das Betriebsverfassungsgesetz	19
3. Das Beschäftigungsförderungsgesetz	20
4. Das Tarifvertragsrecht (Tarifautonomie)	21
5. Das Arbeitskampfrecht	22
6. Das Arbeitsschutzrecht	22
B. Die Bedeutung des Richterrechts	24
C. Der Flexibilitätsbedarf der Unternehmen bei betrieblichen Entscheidungen	25
1. Vorbemerkungen	25
2. Der Einfluß des gesetzlichen und des tarifvertraglich festgelegten Bestandsschutzes	26
a. Die individuellen und kollektiven Kündigungsschutzbestimmungen	26
b. Zwischenergebnis	29
c. Die Rationalisierungsschutzabkommen	30
3. Die Flexibilitätsdefizite der Löhne	31
4. Das Beschäftigungsförderungsgesetz als gegensteuerndes Mittel	32
5. Die Inflexibilitäten des Arbeitszeitgesetzes	33
D. Die Mitbestimmung bei der Einführung neuer Techniken	34
E. Spezielle Investitionshemmnisse in den neuen Bundesländern	35
F. Resümee und kritische Betrachtung	37

III. Mögliche Investitionshemmnisse am besonderen Beispiel des immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahrens	39
A. Einleitung	39
1. Das Auswahlkriterium	39
2. Zum Bundes-Immissionsschutzgesetz	40
B. Grundbegriffe und Regelwerke	41
1. Der Immissions- und Emissionsbegriff	41
2. Die technischen Anleitungen Lärm und Luft	41
3. Der "Stand der Technik"	42
C. Genehmigungspflichtige Anlagen und Genehmigungsvoraussetzungen	43
1. Die Grundpflichten	44
2. Die Pflichten aus Rechtsverordnungen	46
3. Die öffentlich-rechtlichen Vorschriften	47
D. Die Verfahrensarten	48
E. Europarechtliche Vorgaben	49
1. Die verfahrensbegleitende Umweltverträglichkeitsprüfung	49
2. Weitere EG-Richtlinien	51
F. Der zeitliche und planerische Aspekt bei wirtschaftlichen Investitionen	51
G. Die Dauer des Genehmigungsverfahrens	53
H. Die möglichen Ursachen der Verzögerungen eines Investitionsprojektes	57
1. Die Antragsunterlagen	57
2. Die Behördenpraxis	59
a. Die Behördenbeteiligung	59
b. Das Behördenverhalten	61
3. Die Gemeindebeteiligung	62
4. Die Öffentlichkeitsbeteiligung	64
5. Ergebnis	65
I. Der Vergleich mit dem Ausland	66
J. Spezielle Hemmnisse	68
1. Das Innovationshemmnis	68
2. Das indirekte Investitionshemmnis	69
3. Die mittelbaren Investitionshemmnisse	72
K. Kritische Bewertung und Ausblick	74

IV. Die möglichen Hemmnisse im Bereich der Bodennutzung	77
A. Einleitung	77
B. Die gesetzlichen Grundlagen des Planungsrechts	78
1. Die Bundesplanung	78
2. Die Landesplanung	79
3. Die Regionalplanung	80
4. Die Städtebauliche Planung	81
C. Die besondere Situation im Ruhrgebiet	82
D. Die rechtlichen Hemmnisse bei der gewerblichen Innenentwicklung	84
1. Die Standortsicherung von Betrieben in Gemengelagen	84
2. Die Wiedernutzung von Brachflächen und die Beseitigung von Altlasten	86
3. Die Gewerbeumfeldverbesserung	90
E. Abschließende Bewertung	91
V. Zusammenfassung	92
<u>Anhang</u>	95
<u>Literaturverzeichnis</u>	99